

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1923

99 (24.8.1923)

Ersteinst
Montag, Mittwoch und
Freitag.

Bezugs-Preis:

Durch die Post bezogen und durch
den Briefträger u. andere Aussträger
ohne Bestellgeld
monatlich 300 000.— Mk.
Der Bezugspreis ist im Voraus zu
entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt be-
rechtigt kein Anspruch auf Lieferung der
Zeitung oder auf Rückzahlung des
Bezugspreises.

Geschäftszeit 10—5 Uhr, Sonntags
geschlossen.

Verkehrsamt Nr. 11.

Postfach-Nr. 6003.
Karlruhe Nr. 6003.

Der Landbote

Sinsheimer



Zeitung

General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Nr. 99.

Freitag, den 24. August 1923.

84. Jahrgang

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands.

Die Notaktion der Reichsregierung.

Das Programm des Reichsfinanzministers.

Berlin, 23. Aug. Die heutige Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages hatte die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands zum Gegenstand. Der Vorsitzende Abg. Heymann (Soz.) wies auf die große Wichtigkeit dieser Materie hin, deren Gesamtkomplex die Wurzeln des Staatsseins betreffen. Alsdann nahm Reichsfinanzminister Dr. Hilferding das Wort und entschuldigte zunächst den Reichskanzler, der durch dringende Geschäfte verhindert sei, in der Sitzung seine Ausführungen zu machen, wie es ursprünglich seine Absicht gewesen sei. Dr. Hilferding ging dann auf die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Reiches ein und führte aus, daß das Kabinett die Geschäfte in einer Situation übernommen habe, die nicht nur politisch und sozial außerordentlich ernst gewesen sei, sondern die auch vom finanziellen Standpunkt aus als recht verzweifelt anzusehen sei.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise habe auf dem Devisenmarkt größte Verwirrung hervorgerufen. Die Lasten, die infolge der Beamteneinkaufserhöhungen und der Erhöhung der Löhne der Staatsarbeiter auf der Ausgabeseite des Reiches ruhen, seien ungeheuer. Die finanzielle Lage des Reiches sei außerordentlich ernst. Die Ausgaben, die das Reich zu leisten habe, seien geradezu ins Gigantische gewachsen.

Es sei nun die Frage, welche Mittel man noch ergreifen könne, um möglichst rasch zu dem Zustand zu gelangen, zu dem Deutschland unbedingt kommen müsse: zu einer außerordentlich starken Abstellung, möglichst vollkommener Beseitigung der Inflation. Darüber dürfe gar keine Illusion bestehen, daß die Inflation nicht weiter gehen könne. Sie dürfe nicht weiter gehen aus sozialen und finanziellen Gründen. Aus finanziellen Gründen könne sie nicht weiter, weil die Kreise, die bisher im wesentlichen die Inflationssteuer getragen haben, heute schon völlig enteignet sind. Der Mittelstand kann nicht noch mehr enteignet werden. Bei der Arbeiterschaft ist die Sache so, daß, wenn der Dollar rasch hinaufgeht, die Löhne schnell an der Grenze des Existenzminimums sind. Was für die Arbeiterschaft gilt, gilt in noch höherem Maße für die ganze mittlere Angestellten- und Beamtenschaft. Hier ist eine weitere Inflationsbesteuerung nicht mehr möglich.

Die Umstellung der gesamten Wirtschaft auf die Goldrechnung, die rapide vor sich gegangen ist, habe diese Kreise vor weiterer Geldentwertung geschützt. Deshalb sei die Inflationssteuer unmöglich geworden aus finanziellen Gründen. Sie sei aber auch unmöglich aus sozialen und politischen Gründen. Die Inflation habe wie ein Fieberanfall gewirkt und die Regierung ist der Ansicht, daß eine Wiederholung dieses Fieberanfalls unter allen Umständen verhindert werden muß, weil ein zweiter Fieberanfall für unser Reich und für unsere Wirtschaft tödlich wirken könnte. Deshalb werde die Regierung alles daran setzen, um sowohl von der Seite der Staatseinnahmen, als von der Seite der Staatsausgaben für Abhilfe zu sorgen. Eines der wichtigsten Ziele sei die Wiedergewinnung der Herrschaft über den Devisenmarkt. Ohne Beherrschung des Dollarkurses könne die Reichsregierung keine Politik treiben, deshalb sei strengste und brutalste Steuerpolitik erforderlich. Die wirtschaftspolitischen Bedenken und Forderungen müßten jetzt hinter die währungspolitischen Notwendigkeiten zurückgestellt werden. Die Grundlagen dieser ganzen Politik könnten nur geschaffen werden, wenn für die Beherrschung des Devisenmarktes der notwendige Devisenfonds der Regierung zur Verfügung stehe und wenn die Wirtschaft einsehe, daß es um ihre eigene Existenz und um die des Reiches geht. Das Reich brauche die Devisen ferner zur Aufrechterhaltung der Ernährung und zur Aufrechterhaltung unserer Eisenbahn, aber vor allem zur Beherrschung des Devisenmarktes.

Deshalb habe es die neue Regierung als ihre erste Aufgabe betrachtet, in diesem Sinne mit den Wirtschaftskreisen Fühlung zu nehmen. Sowohl die Vertreter der Großbanken als auch der Industrie seien bereits gehört worden. Mit den Vertretern des Handels und der Landwirtschaft wird in den nächsten Tagen die Fühlung aufgenommen. Die Wirtschaftskreise haben bisher erklärt, daß sie die Regierung unterstützen werden, weil sie einsehen, daß diese Regierung im Grunde genommen die letzte politische Reserve ist, über die heute Deutschland verfügt, und weil sie einsehen, daß diese Regierung auch aus den Kreisen der Wirtschaft unterstützt werden muß. Es sei eingehend über die Möglichkeiten gesprochen worden, wie ein solcher Devisenfonds aus den Mitteln der Wirtschaft geschaffen werden könne.

Aus den Kreisen der Wirtschaft selbst sei uns gesagt worden, daß es auf dem Wege der Freiwilligkeit allein nicht gehe, man brauche Zwangsmittel gegen diejenigen, die noch

immer nicht die Not des Reiches verstehen und noch immer nicht begreifen, daß zwischen Politik und Wirtschaft, zwischen den Interessen des Reiches und denen der Wirtschaft in letzter Linie auf die Dauer kein Widerspruch sein kann, weil mit dem Untergang des Staates und des Reiches der Untergang der deutschen Wirtschaft verbunden ist.

Die Regierung habe diese Dinge sehr eingehend geprüft und sei vorläufig im Einvernehmen mit den Wirtschaftskreisen zu einer Lösung gekommen, die hoffentlich in der nächsten Zeit ausreichende Devisenmittel zur Verfügung stellen werden. Dabei habe er, der Reichsfinanzminister, persönlich die Ueberzeugung, daß diese Devisenmittel umso schneller und rascher fließen, je weniger Zwang notwendig sei, und je mehr die Wirtschaft aus eigener Einsicht dem Reiche die Devisen, über die sie wirklich verfügt, zur Verfügung stellt.

Der Vorschlag der Regierung bewege sich in folgenden Linien:

Man gehe davon aus, daß für je 10 000 Mark, die auf die erste Rate der Brotverbilligung bezahlt worden sind, — wir legen also die Erklärung für die Zwangsanzleihe zugrunde — ein Betrag von 1 Mark in Gold bis zum 25.

Die wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches und der Reichsfinanzl. Strefemann

„An alle Schichten des Volkes richten wir die Aufforderung, diese deutsche Goldanleihe aufkräftigste zu unterstützen. Sie soll uns eins der Mittel sein, um die Geldinflation zurückzudämmen, die Verhältnisse geschaffen hat, unter denen weite Volksschichten in Deutschland kaum noch über die notwendigen Subsistenzmittel verfügen. Wir richten den dringenden Appell an alle Parteien, an dieser für unser Volk so entscheidend gewordenen Frage mitzuarbeiten. In dieser Frage gibt es keine Parteimeinungen, in dieser Frage ist die positive Mitarbeit jedes, der die Verhältnisse zu bessern vermag, vaterländische Pflichterfüllung, die wir dankbar begrüßen.“

Rede in der Sitzung des Reichstages am 14. August 1923.

Zeichnungen können bei der Reichsbank und bei den im Prospekt angegebenen Stellen sowie bei diesen durch Vermittlung sämtlicher Banken, Bankiers, Sparkassen und Kreditgenossenschaften benützt werden. Zeichnungspreis 100%, bei Einzahlung von Devisen und Dollarobligationsanweisungen 95%. Das kleinste Stück lautet auf den Gegenwert von 1 Dollar.

September abgeliefert werde. Die Ablieferung werde bis zu einem bestimmten Tage zu erfolgen haben. Der Stichtag werde vor der Veröffentlichung der Erklärung liegen. Werde der betreffende Betrag an Devisen nicht abgeliefert, so müsse unter Eid versichert werden, daß ein ausreichender Betrag an Devisen nicht vorhanden ist. Diese eidestattliche Versicherung werde nachgeprüft. Die Verletzung der eidestattlichen Erklärung werde mit Zuchthausstrafe bedroht und mit der Konfiskation des Vermögens.

Für die Nachprüfung dieser Abgaben werde durch besonders ausgewählte Kontrollorgane Vorkehrung getroffen. Als Gegenwert für die Devisen soll gegeben werden nach Wahl der Ablieferer entweder Goldanleihe oder eine Ueberschreibung auf ein Goldkonto und im Falle, wo tatsächlich nachgewiesen werde, daß eine Devisenzahlung dem Steuerpflichtigen nicht möglich sei, werde die Zahlung eventuell auch in Papiermark entsprechend dem Goldwert angenommen.

Zusammenfassend erklärte Dr. Hilferding: die Lage, die wir als Erbschaft übernehmen mußten, ist außerordentlich ernst. Aller Anstrengungen wird es bedürfen, um eine Verschlechterung zu verhüten und um eine Verbesserung durchzusetzen. Dazu brauchen wir in erster Linie Ihre Unterstützung, die Mithilfe der Länder und sodann die Unterstützung der gesamten Wirtschaftskreise. In den nächsten Wochen und Monaten muß sich jeder Deutsche darauf einstellen, daß gegenwärtig das Interesse des Staates allem andern vorangeht. Denn wenn das nicht der Fall ist, können wir einen Zusammenbruch nicht verhüten, und das Chaos, das aus einem solchen Zusammenbruch hervorgeht, brauche ich Ihnen nicht auszumalen. Wir

müssen zunächst durch eine Sanierung der Finanzen, durch eine Besserung unserer Verhältnisse dazu gelangen, daß wir wieder eine Grundlage unter die Füße bekommen, von der aus überhaupt Politik gemacht werden kann. Aufgabe dieser Politik wird es sein, das Werk, das wir mit diesen Vorbereitungen begannen, schließlich zu einem geblühenden Ende zu führen.

Zwang zur Ablieferung von Devisen.

Berlin, 22. Aug. Der Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligungen richtet in einem Rundschreiben an alle Firmen und Privatpersonen die im Besitze von Devisen sind, unter Androhung schwerer Strafen die dringende Aufforderung, im Interesse der Allgemeinheit sie unverzüglich an die Reichsbank und die privaten Devisenbanken abzuliefern. Die in allen Banken zur Zeichnung ausliegende Goldanleihe bietet einen vollen Ersatz für die bisher im Devisenbesitz gestaute wertbeständige Anlage. — Nach der „Vossischen Zeitung“ handelt es sich nicht um die Schaffung eines einmaligen Devisenfonds, sondern darum, einen stetigen neuen Zufluß von Devisen zu erhalten, mit denen die unumgänglich notwendigen Einkäufe im Ausland, vor allem von Kohlen und Lebensmitteln, bestritten werden können. Dieser Zufluß von Devisen wird jedoch nur möglich sein, bei einer mit allen Mitteln, vor allem durch Produktionssteigerung geforderten Hebung der Ausfuhr. Es wurde auch die Frage erörtern, ob sich die Ausfuhrabgabe in ihrer derzeitigen Form werde aufrecht erhalten lassen, da die Preise in Deutschland vielfach den Weltmarktpreis überschritten haben. Hand in Hand mit der Steigerung der Ausgaben werde die Drosselung der Einfuhr gehen müssen. Parlamentarische Kreise sind der Auffassung, daß von den geplanten Maßnahmen eine unmittelbar günstige Wirkung erwartet werden könne.

Wirtschaftliche Maßnahmen der bayerischen Regierung.

München, 22. Aug. Heute früh haben die abschließenden Beratungen des Gesamtministeriums stattgefunden. Am Abend soll, wie der Korrespondent des „Nacht- und Abendblattes“ erfährt, eine bis zur Stunde noch nicht fertiggestellte amtliche Rundgebung erfolgen, die die heute beschlossenen wirtschaftlichen Maßnahmen der bayerischen Regierung mitteilen wird. Zugleich wird von der bayerischen Regierung ein Aufruf an die Bevölkerung erlassen werden. Diese Maßnahmen sollen mit der Notverordnung des Reichspräsidenten parallel gehen.

Die Durchführung der neuen Steuergesetze.

Das Reichsgesetzblatt Nr. 71 vom 14. August enthält einige Gesetze, die für weite Kreise von einschneidender Bedeutung sind: Nach dem Gesetz über die

Besteuerung der Betriebe

haben alle Industrie-, Gewerbe- und Handelstreibende vom 1. September 1923 an, so oft sie Beträge als Einkommensteuer vom Arbeitslohn an das Reich abzuführen haben, einerlei für welche Zeit der Steuerabzug erfolgt ist, gleichzeitig unaufgefordert das Doppelte dieser Beträge als eigene (neue) Steuer an das zuständige Finanzamt abzuführen. Desgleichen haben die Eigentümer von Grundstücken, die dauernd land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken dienen, für je 2000 Mark Wehrbeitragswert dieser Grundstücke monatlich 1/2 Gold-Mark zu zahlen. Diese beiden Verpflichtungen erstrecken sich auf die Dauer von 6 Monaten, also bis zum 29. Februar 1924.

Das Gesetz über die Erhebung einer außerordentlichen Abgabe aus Anlaß der Ruhrbesetzung, die sogenannte

Rhein-Ruhr-Abgabe.

verpflichtet zur Bezahlung des Mehrfachen der Vorauszahlungen an Einkommen- und Körperschaftsteuer auf 25. August, 5. Oktober und 5. Januar an das Finanzamt. Die Rhein-Ruhr-Abgabe ist zu zahlen zunächst von allen, die zur Entrichtung erhöhter Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer verpflichtet sind, ferner von den übrigen Einkommensteuerpflichtigen, deren steuerbares Einkommen im Kalenderjahr 1922 mehr als eine Million Mark betragen hat, endlich von allen Erwerbsgesellschaften. Sie beträgt bei der ersten Art der Abgabepflichtigen jedesmal das Doppelte der gleichzeitig fälligen Einkommensteuervorauszahlung, bei der zweiten Art am 25. August das Hundertfache der nach dem Einkommen des Kalenderjahres 1922 berechneten Vorauszahlung für das dritte Kalendervierteljahr 1923, am 5. Oktober und 5. Januar das Zweihundertfache der gleichzeitig fälligen Vorauszahlung auf die Einkommensteuern; bei den

Erwerbsgesellschaften

ist die Höhe der Abgabe verschieden, je nachdem sie ihr Geschäftsjahr 1921/22 oder 1922 in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1922 oder in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1922 oder vor dem 1. April 1922 abgeschlossen haben. Es muß besonders hervorgehoben werden, daß alle Abgabepflichtigen die Abgabe unaufgefordert entrichten müssen. Die Verpflichtung zu den regelmäßigen und erhöhten Bor-

Anzeigen-Preise:

Anzeigen: Die 42 mm breite Millimeter-Zeile 10 000.— Mk. Familien-Anzeigen 8000.— Mk.

Reklamen: Die 87 mm breite Millimeter-Zeile 30 000.— Mk. Anzeigen mit Dekadresse oder Ausk. 30 000.— Mk. Sondervergütung. Alle Preise freibleibend.

Grundschritt im Anzeigen- und Textteil ist Petit. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der bei Nichtzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Bestreitung und bei Konkurs erlischt. Platzverzeichnisse werden nicht anerkannt und für Aufnahmen an bestimmten Tagen sowie für telefonische Aufträge keine Gewähr übernommen.

Anzeigen-Nachnahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen müssen am Tage vorher aufgegeben werden.

auszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer bleibt daneben bestehen.

Die Besitzer von Kraftfahrzeugen, die am 1. August 1923 der Kraftfahrzeugsteuer nach Paragraph 4 des Gesetzes vom 8. April 1922 unterlagen, haben außerdem als Rhein-Ruhr-Abgabe bis zum 5. September 1923 das Fünffache der um den Zuschlag erhöhten Kraftfahrzeugsteuer einzuzahlen.

Abgabepflichtige, die am 15. August 1923 im besetzten Gebiet (altbesetzten Gebiet oder im Einbruchgebiet) ihren alleinigen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt oder Ort der Leitung gehabt haben oder die aus Anlaß der Besetzung ihren Wohnsitz, Aufenthalt oder Ort der Leitung im besetzten Gebiet unfreiwillig verloren haben, brauchen die Rhein-Ruhr-Abgabe nicht zu bezahlen.

Vorauszahlungen auf die Einkommen- usw. Steuer bringt eine Erhöhung der Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer auf das Vierhundert- bzw. Sechshundertfache des im August 1923 fälligen Viertels der Steuerfälligkeit; diese Erhöhung ist auf 25. August 1923 fällig. Soweit der Feststellung des Einkommens ein Geschäftsschluß vor dem 1. Juli 1922 zu Grunde liegt, steigert sich die Erhöhung der Vorauszahlung auf das Sechzehnhundertfache. Erwerbsgesellschaften, die ihr Geschäftsjahr 1921/22 in der Zeit vom 31. März bis 30. September 1922 abgeschlossen haben, haben als weitere Vorauszahlung das Sechzehnhundertfache der Beträge zu zahlen, die sie bis zum 1. Mai 1923 als Vorauszahlung auf die Steuerfälligkeit für das Geschäftsjahr 1922/23 zu entrichten hatten.

Das Steuergefeß endlich ermächtigt den Reichsfinanzminister, Zuschläge festzusetzen, die bei Zahlungen an Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Vermögenssteuer, Erbschaftsteuer, Umsatzsteuer, Brotverforgungsabgabe, Arbeitgebersteuer, Landsteuer und Rhein-Ruhr-Abgabe erhoben werden, wenn diese Zahlungen nicht rechtzeitig geschehen. Auf Grund dieser Ermächtigung wird vom 1. September 1923 an für jeden angefangenen halben Monat, der auf den Zeitpunkt der Fälligkeit folgt, das Vierfache des Rückstandes als Zuschlag erhoben. Wer sonach unpünktlich zahlt, hat z. B. im ersten halben Monat nach der Fälligkeit statt des fälligen Betrags das Fünffache, im vierten halben Monat nach der Fälligkeit schon das Siebzehnfache des Rückstandes zu zahlen. Es wird daher dringend empfohlen, die Zahlungsfristen künftig genauestens einzuhalten.

Die Gefahr der Massenarbeitslosigkeit. Berlin, 23. Aug. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, in welchem auf eine von Unternehmern eingeleitete Bewegung zur Stilllegung oder Einschränkung der Betriebe hingewiesen wird, deren Auswirkung sich in einer katastrophalen Massenarbeitslosigkeit und einer Durchkreuzung der steuerlichen Maßnahmen der Reichsregierung zeigen werden, wenn die Reichsregierung nicht sofort mit aller Schärfe eingreife.

Keine Ermäßigung der Kohlenpreise. Berlin, 22. August. Die vom Reichswirtschaftsminister einberufene Sitzung des Reichskohlenrates, die sich mit der Preisentwässerung im Bergbau befaßte und gestern bis in den späten Abend hinein dauerte, brachte nicht die allgemein erhoffte Ermäßigung der Kohlenpreise. Das Ansuchen des Ministeriums auf Herabsetzung der Preise beantworteten die Vertreter der Bergbauindustrie mit der Forderung nach Aufhebung der Kohlensteuer. Das Finanzministerium erklärte jedoch, daß in diesem Augenblick an eine Ermäßigung der

Kohlensteuer nicht gedacht werden könne. So wurde diese Frage fallen gelassen und das Ergebnis der gestrigen Konferenz ist, daß eine Unterkommission eingesetzt wurde, die sich mit dem Problem beschäftigen soll, wie der Bergbau schneller in den Besitz der Gelder für gelieferte Kohle kommen könnte. Die Vertreter der Bergbauindustrie erklärten, daß bei Barzahlungen oder Vorauszahlungen durch den Kohlenhandel die Preise für Kohle wesentlich niedriger gehalten werden könnten. Bisher vergingen zwei bis drei Wochen, bis die gelieferte Kohle bezahlt war und der Bergbau war daher gezwungen, um sich vor der Geldentwertung zu sichern, die Kohlenpreise sehr hoch zu kalkulieren. Sollte die Kommission einen gangbaren Weg finden, so könnte vielleicht schon bei der nächsten Kohlenpreisfestlegung ein Preisabbau erfolgen.

Die Erhöhung der Kalipreise. Berlin, 22. August. Die Sechser-Kommission des Reichskalitrates beschloß in ihrer Sitzung am 22. ds. Mts. einstimmig die Erhöhung der Kalipreise um 93,4 v. H. ab 23. August.

Bayern und der Regierungswechsel im Reich.

Der bayerische Ministerrat hat am Samstag die schwebenden politischen Fragen besprochen, vor allem, soweit sie mit dem Kabinettswechsel im Reich zusammenhängen. Die Münch. N. Nachr. erfahren darüber, daß allerseits das aufrichtige Bedauern über den Rücktritt des Reichskanzlers Cuno zum Ausdruck kam. Dieses Bedauern wurde noch erhöht durch die Besorgnis, die die Umstände auslösen müssen, unter denen das neue Kabinetts Stresemann entstanden ist.

In der bayr. Linkspresse wird geradezu behauptet, daß Stresemann das sozialistische Aktionsprogramm übernommen habe. Der bayerische Ministerrat sei sich aber darüber einig, gewesen, daß es das Interesse des Reichs und der Nation gebiete, das Kabinetts Stresemann nicht aus diesem Vorurteil heraus zu betrachten, sondern daß man die Handlungen des Kabinetts abwarten müßte. Man wollte ihm die große Aufgabe, in jetziger Zeit die Geschäfte des Reichs zu führen, nicht unnötig erschweren. Gerade aus diesem Grunde aber scheine es gut, anzudeuten, daß das Verhältnis Bayerns zur Reichsregierung umso angenehmer sein werde, je mehr der Reichskanzler sich von Beeinflussung in der Richtung dieser Presse frei hält. Es sei die Hoffnung des bayrischen Volkes und seiner Regierung, daß von den bisherigen Methoden der Außenpolitik, wie sie Cuno durchaus nicht erfolglos betrieben hat, nicht abgesehen werde. Man sollte deshalb den direkten Weg zu Verhandlungen mit Frankreich vermeiden, da Deutschland hierbei allein die Last zu zahlen müsse. Das Gesamtstaatsministerium war sich darüber einig, daß kein Anlaß bestehe, von jener Auffassung über die außenpolitische Lage abzugeben wie sie der Ministerpräsident am 27. Juni in den Landtagsverhandlungen über den Haushalt des Ministeriums des Äußern zum Ausdruck gebracht hat.

Angesichts der Umstände der Entstehung des Kabinetts Stresemann könne aber in Bayern die Befürchtung nicht unterdrückt werden, daß der linksgerichtete Teil des Kabinetts versuchen werde, mangelnde außenpolitische Erfolge durch innenpolitische Festigung der Parteiloyalität zu ersetzen. Nach den bisherigen Erfahrungen mit sozialistischen Reichsministern bestehe die Möglichkeit zu folgen schweren Meinungsverschiedenheiten zwischen diesen Reichsministern und Bayern, denn sie neigen zu zentralistischen Eingriffen. Es dürfte in der Reichsregierung kein Zweifel darüber bestehen, daß das bayerische Staatsministerium in völliger Uebereinstimmung mit dem Willen des bayerischen Volkes in Fragen der Hoheit der Länder nicht in der Lage zu Kompromissen und Zugeständnissen sei. Sollten nach früheren Mustern Eingriffe in unitarischer Richtung versucht werden, so würde man in Bayern auf unbeeugtem Widerstand stoßen. Bedenken müßte auch die jüngste Steuererhöhung hervorgerufen. Man könne sich des Eindruckes nicht erwehren, daß die jetzigen Steuern auf die Zerstörung des Besitzes hinauslaufen. Gerade eine Steuererhöhung, die so außerordentlich stark in die Substanz der Volkswirtschaft eingreife, könne — wenn überhaupt — nur dann getragen werden, wenn gleichzeitig die Arbeitsleistung außerordentlich gesteigert wird. Weil Bayern vertrauensvolles Zusammenarbeiten und Festigung des Reichsgefüges wünscht, sei es gut, auch die Be-

denken und die Grenzen bayrischen Entgegenkommens zum Ausdruck zu bringen.

Ein Mahnwort an die Sozialdemokratie.

Einer der ältesten Führer der Sozialdemokratie, Südekum, der nach der Revolution preussischer Finanzminister war, hat in der sozialistischen Zeitschrift „Der Firm“, einen Aufsatz veröffentlicht, der in weiteste Kreise dringen muß. Er hat darin die Wahrheit ausgesprochen, daß der letzte Grund unseres Elends in der Waffenlosigkeit Deutschlands liegt. Hätten wir die Volksbewaffnung, wie sie die Sozialdemokratie immer gefordert habe, so würden wir die fremden Eingriffe in unser nationales Leben alsbald abwehren können; sie würden wohl gar nicht gewagt werden. Es gilt also mit aller Macht darnach zu streben, daß wir in diesem Punkte unsere Selbstbestimmung zurückgewinnen; Worte genügen nicht; alles muß daran gesetzt werden. „Die Republik wird national sein, oder sie wird nicht sein.“ „Jeder Internationalismus, Sinnbild und Ausdrucksmittel der Solidarität der Arbeiter aller Kulturländer, ist eine ebenso lächerliche wie törichte Illusion, wenn nicht ihr A und O die Zerstörung des Versailles Zerstörungswerkes ist. In diesem Punkte darf es nicht die allergeringste Zweideutigkeit, keine Ausflucht, keine Redensart geben. Denn sonst läuft die „Internationale“ auf eine Verschleierung der Versklavung der Deutschen genau so hinaus, wie jene Organisation der Staatenstaaten, die man „Völkerbund“ nennt. Mit Recht hebt Südekum hervor, daß in dem Maße, wie sich die klare Erkenntnis der nationalen Pflicht in dem demokratischen Teile unseres Volkes durchsetzt, die inneren Gegensätze an Bedeutung und Schärfe verlieren.

Wir begrüßen diesen Aufsatz als eine befreiende Tat, und wir wünschen und hoffen, daß er bei den Sozialdemokraten einen recht starken Widerhall finde. Das, was uns vor allem nicht zum inneren Frieden kommen läßt, ist ja gerade der Umstand, daß die Sozialdemokratie immer noch in nationaler Hinsicht vielfach verlagert und internationalen Wahngelbilden nachzujagen nicht abläßt. Internationalismus ist dann, aber nur dann, etwas recht Schönes, wenn er allgemein betätigt wird, insbesondere wenn eine Nation die andere achtet und als eigenartige, ihren besonderen Wert in sich tragende Ausprägung der Menschheit gelten läßt. Daß wir davon heute recht weit entfernt sind und der Internationalismus fast nur in deutschen Gehirnen spukt, liegt auf der Hand, ebenso, daß er uns unter den gegebenen Umständen nur schädlich und entwürdigend.

Wir möchten den Ausführungen Südekums aber noch ein paar Worte anfügen: Wenn mit dem nationalen Gedanken wirklich ernst gemacht wird, so darf es keinen Klassenhaß mehr geben, sondern es müßten Unternehmer und Arbeiter sich zur Arbeitsgemeinschaft zusammenschließen, äußerlich und innerlich. Kein Mißbrauch der wirtschaftlichen Macht mehr! Die Lösung sei: jedem das Seine! wobei beide Teile gewinnen werden; also auch keine äde und blöde Hege mehr, wie sie seit Jahrzehnten geübt worden ist. Die Sozialdemokraten mögen ihre Ansicht, daß Sozialisierung der Betriebe uns das goldene Zeitalter brächte, auch ferner haben, obgleich die Zahl der daran Gläubigen sich u. E. aus naheliegenden Gründen sehr vermindert hat; aber sie sollen einsehen und zugeben, daß eine an sich schon todkränke Wirtschaft nicht gemagte und tief einschneidende Verjüngung vermag. Jedenfalls dürfen heute nicht Steckenpferde geritten werden, sondern es muß alles zurücktreten, was die Zusammenarbeit im gegenwärtigen Moment hindert.

Die Politik der Reichsregierung.

Berlin, 22. Aug. Das Organ der Deutschen Volkspartei, die „Nationalliberale Korrespondenz“ merkt sich in einer Auslassung gegen die Behauptung, daß die Regierung Stresemann ihre Politik auf den französischen Kurs einstellen werde und betont das neue Kabinetts wird keine französische und auch keine englische Politik machen, sondern deutsche. Die deutsche Politik hat es in der Reparationsfrage mit der Gesamtheit der Alliierten zu tun und hat darauf ihre Maßnahmen und ihre Entscheidungen einzustellen. In dem französischen Gelbdruck wird gefordert, daß Frankreich während eines etwa Deutschland gewährten Moratoriums sich der Leistung der rheinisch-westfälischen Wirtschaft verschlere, die rheinischen Eisenbahnen in französische Regie nehme und Beschlag auf die deutschen Gruben lege. Vor allem aber spricht das französische Gelbdruck nicht von der Wiedergabe des Ruhrgebietes an Deutschland, sondern scheut sich nicht zu sagen, daß Frankreich sich vorbehalten müsse, zu ent-

Wenn die Schatten weichen.

Dampf liegt eine Bangigkeit in der Luft, Schwarz schwanken die Wolken im Wetterdunst. Die Sonne im Westen rot verglüht, Der Strom erscheint in Rosen erblüht. Wer kommt zum Ufer in zögerndem Gang, Wo das Wasser so tief und so still der Hang? Ein Mann, der die Liebste stehend umfängt Und leise flüsternd zum Strome drängt. — „D komm, mein Lieb, die Luft ist schwül, Dort unten im Strom ist's still und kühl, Dort unten die Sonne immer scheint. Dort unten sind wir auf immer vereint. Sie wollen der Liebe beglückendes Band Zerreißen mit unarmherziger Hand. Nur der Strom bringt Ruh, nur der Strom bringt Glück. O schaudere nicht vor den Wogen zurück.“ — Es streicht Gewitterwind hoch durchs Laub, Er kräufelt die Flut, er wirbelt Staub, Welf glüht das Wasser am Hang empor. Ferndröhnender Donner schlägt an ihr Ohr. Und es hält sich der Himmel in Dunkel ein, Breit liegt auf der Erde der Wetterstein. Ohnmächtig im Arm ruht dem Manne das Weib, Und Todeschauer schütteln den Leib. — Er raunt ihr noch heil'ere Worte zu, Von der Erde Leid und im Tode der Ruh. Er verschleucht ihr das Grauen vorm letzten Schritt, Und zieht zu dem Rande des Stromes sie mit. — Jetzt reißt ein Blitz das Dunkel entzwei, Vom Ufer her tönt ein Todesgeschrei, Es klatzt das Wasser, es zittert das Rohr, Und gurgelnde Blasen steigen empor. Der Regen rauscht, es schäumt die Flut, Es beugt sich das Schilf in des Wetterturmes Wut. Die Blitze zucken, der Donner kracht, Und die Nacht bricht ein, die finstere Nacht.

Das Wetter versprüht sein letztes Geleucht, Erst als der Morgen das Dunkel verschleucht. Die Sonne beginnt im Ost ihren Lauf Und trinkt von den Blumen die Tropfen auf; Ganz leise bricht sich die Flut am Strand, Und spült zwei umschlungene Leichen ans Land. Seltsam, die Stimmung des Gedichtes war ihm jetzt wieder verträglich geworden. Früher, wenn es ihm einmal unter seinen Papieren in die Hände gekommen war, hatte er den Kopf geschüttelt über den schwächlichen Selbstmordgedanken jener Primanerballade. Heute mußte er wieder daran denken, wie er auf jener selben Brücke gestanden und in das schiefende Wasser geblickt hatte, auf dessen tiefem Grunde allein er Vergessenheit seiner Leiden zu finden hoffte. Zwei Ereignisse von ungeheurer Tragweite für seine Entwicklung hatten sich auf wenige Tage zusammengedrängt. Er hatte seine Maturitätsprüfung bestanden und von Molly Abschied für immer nehmen müssen. Und das war so natürlich gewesen. Sollte sie etwa warten, bis Max sein kümmerliches Brot in einer Dorfschule verdiente, wo ihr der reiche Forstassessor die größten Aufmerksamkeiten erwies? Mollys Vater war ein Tyrann gewesen und er hätte keine Weigerung der Tochter gebuhlet, und die Mutter. . . nun, sie war, wie alle Mütter sind. Sie hatte vergessen, daß auch sie einst geliebt, und wollte die Berechtigung einer Liebesheirat nicht anerkennen. Sie sah nichts, als die glänzende Partie ihrer Tochter, die großartige Verjüngung, und was kümmerte sie das Herzeleid und der Jammer eines Gymnasialisten. Max sagte sich jetzt, nach zwölf Jahren, daß die Mutter eigentlich ganz recht gehabt habe, im landläufigen Sinne recht, denn ein so junger Mann, wie er, bot durchaus nicht die Garantie, daß er treu bleiben würde. Es ist ja eine ausgemachte Wahrheit, daß die langen Jahre eines trübseitigen Brautstandes nur zu oft die glühendste Jugendneigung vernichten. Und wer hat dann den Nachteil? Das Mädchen, niemals der Mann. Ja, Mollys Mutter hatte in ihrem Sinne vollkommen recht. Und die Geliebte war eine schwache Natur, die dem energischen Willen ihrer Eltern keinen Widerstand entgegenzusetzen konnte. Darum hatte sie ihm denn gesagt, es könne mit ihnen nie etwas werden, sie wären zu

jung, ihre Liebe wäre ein Kauf, eine Täuschung gewesen, alles Ausdrücke, die von der Mutter souffiert waren. Wie war er doch auf alle diese Erinnerungen gekommen? Warum gerade jetzt, wo er seinem direktesten und einflussreichsten Vorgesetzten gegenüberzutreten sollte, jetzt, wo er die ganze Kraft seiner Persönlichkeit brauchte, um zu zeigen, was er war, was er bedeutete? Der erste Eindruck ist bestimmend für alle Zeiten. Der Direktor hatte ihn nur auf seine eingereichten Zeugnisse hin berufen, aber Zeugnisse sagen bekanntlich gar nichts für den Lehrer, die Persönlichkeit alles. Darum durfte er seine Gedanken nicht den alten Erinnerungen nachjagen lassen, er mußte sich sammeln, er mußte. Auf dem Mittelstump der Kaserne von rotem Sandstein, die im Hintergrund eines mächtigen viereckigen Exerzierplatzes lag, schlug die Uhr elf. Er wußte aus seiner Jugend, daß diese Kaserne immer einige Minuten vorging, darum beschleunigte er seine Schritte und stand nach wenigen Minuten vor dem eisernen Tor des Gymnasiums. Aber die Erinnerungen, die er aus seinen Gedanken verbannen wollte, traten ihm hier nur um so lebendiger entgegen. Hier war ja noch alles wie zu seiner Schülerzeit. In dem Hofe standen noch die Kastanienbäume, nur waren sie größer und breiter geworden. Der alte Brunnen an der Rückmauer mit dem verrosteten Trinkgefäß war auch noch da, und der holprig gepflasterte Weg, auf dem die älteren Schüler während der Freiviertelstunden hin und her zu spazieren pflegten, war noch in demselben schlechten Zustand wie ehemals. Nur im Hintergrund des Hofes, angelehnt an das alte, im Stil des siebzehnten Jahrhunderts gebaute Haus, erhob sich ein ganz moderner Ziegelbau, von dem ihm ja Michel schon erzählt hatte. Dort lag auch das Amtszimmer des Direktors und auf demselben Korridor das Amtszimmer des Bedells. Max wollte sich erst über die Person dieses „nichtigsten“ Gymnasialbeamten informieren und klopfte an seiner Tür. Ein brummiges „Herein“ wurde von einer rauhen Baßstimme gerufen, die dem neuen Oberlehrer merkwürdig bekannt vorkam. Dann öffnete er die Tür und richtig, da sah noch der alte Gerhart fast ganz so wie zwölf Jahren, nur daß der kurze zottelige Vollbart weiß geworden und die über die Gläse gestrichenen Seitenhaare nur noch wie leichter Aprilschnee den Kopf bedeckten.

scheiden, welchen deutschen Beamten es die Rückkehr in das Ruhrgebiet zu gestatten, welche Gefangenen es zu begnadigen gedenke usw. Das sind Forderungen, auf die keine deutsche Regierung eingehen kann und eingehen wird.

Die französische Note.

Die französische Note ist heute in den Händen der englischen Regierung. Was wir bis jetzt von ihr wissen und was dazu ein sichtlich aus der Regierungskanzlei stammender Begleitartikel des „Temps“ angibt, das macht es so gut wie sicher, daß sie im Ton sich bemerkenswerter Höflichkeit befehligen und den Faden zur Fortsetzung der Auseinandersetzung zwischen England und Frankreich nicht abzubrechen sich bemüht. Diese Auseinandersetzung ist für Frankreich ja, je länger sie sich hinzieht, um so geschickter, um Deutschland vollends zu ruinieren. Und daß das der französischen Regierung im innersten Grund ihres Herzens immer noch lieber wäre als das, was sie mit dem Ton des gekränkten Vledermannes auch jetzt wieder als ihr einziges, so harmloses Ziel angibt, ihre Entschädigungsmilliarden zu erhalten, das verrät sich darin, daß die neue Note in der Sache alle alten Forderungen aufrecht erhält. Sie wendet sich erneut schon gegen den deutschen, aus dem Wortlaut des Versailler „Vertrags“ begründeten Anspruch auf unparteiische Festsetzung unserer Leistungsfähigkeit als Grundlage der Festsetzung unserer Schuld, sie hält fest an dem System der „Pfänderpolitik“, sie beruft sich immer wieder auf die alten französischen Programme und Instruktionen, so auch in der Ruhrpolitik, ja sie weist sogar den englischen Vorschlag der internationalen Finanzkontrolle, der für uns Deutsche gewiß nichts sympathisches hat, mit einer fast höhnischen Höflichkeit ab. Noch wichtiger aber als all diese betonte Selbstgerechtigkeit und Selbstsicherheit ist ein Punkt, der in dem Temps-Aufsatz nur so nebenbei angedeutet ist. Die Note tut, als ob die französische Forderung an Deutschland 26 Milliarden betrüge. Tatsächlich beträgt sie etwa das Doppelte. Der harmlose Satz in der Einleitung, „Frankreich werde seine darüber hinausgehende Forderung an Deutschland nur in dem Maße geltend machen, in dem es durch die Anforderungen seiner eigenen Gläubiger, Englands und der Ver. Staaten gezwungen sein werde“, bedeutet nämlich nichts anderes, als daß Frankreich, wenn England und die Ver. Staaten ihm nicht die Bezahlung seiner Kriegsschuld an diese Staaten erlassen, auch diese Forderung auf seine Entschädigungsforderung Deutschlands schlagen will. Deutlich hat Poincaré kürzlich erklärt, wenn England Deutschland entgegenkommen wolle, möge es dies auf seine Kosten tun, nicht auf Frankreichs! Ebenso deutlich haben aber die englische und amerikanische Regierung erklärt, daß sie nicht daran dächten, die Kriegsschuld Frankreichs zu streichen. Die Verquickung der Entschädigungsfrage mit dieser inneralliierten Schuldenfrage schließt also für uns die Gefahr in sich, daß uns auch diese französischen Schulden, gerade nochmals etwa 25 Milliarden, auf Reparationsrechnung gesetzt werden. Und dazu gibt der Friedensvertrag keine rechtliche Stütze. Wohl aber unserer Forderung, daß bei Festsetzung der Entschädigungssumme unsere Leistungsfähigkeit in Rechnung gestellt werde.

Der bekannte General Cofletinau schrieb dieser Tage in dem Morgenblatt der französischen Intellektuellen, dem „Echo de Paris“: Das Reich soll zahlen oder verschwinden! Der französischen Regierung wäre es ja noch lieber, wir würden zahlen und verschwinden, uns durch unser Zahlen selbst auflösen. Das deutsche Volk ist bereit, soweit es kann, zu zahlen, es ist aber nicht gewillt, zu verschwinden!

Urteile über die neueste französische Note.

London, 23. Aug. Der größte Teil der Presse meint, bei aller Anerkennung des gemäßigten Tones der Note, daß Poincaré nicht nachgibt, und daß ein Fortschritt nicht erzielt sei. Die „Times“ sagt, alle Annahmen, als sei eine Krise in den Beziehungen zwischen England und Frankreich entstanden, seien vollkommen unberechtigt. Die französische Note müsse angesehen werden als ein Schritt in den Verhandlungen, in denen die beiden Länder versuchten, zu einer befriedigenden Lösung zu kommen.

Rom, 23. Aug. „Idea Nazionale“ findet, daß Italien bei einer Zahlung von 26 Goldmilliarden an Frankreich zu kurz käme. Die Kritik des Blattes wendet sich besonders dagegen, daß Italien bei den Kontrollmaßnahmen überhaupt nicht genannt wird und fragt, ob Frankreich am Rhein das Prestige wiederholen wolle, dessen Opfer Italien an Donau und Adria geworden sei. Durch die vorgesehenen Räumungsbedingungen werde die Ruhrbesetzung auf 50 Jahre ausgedehnt, wenn nicht gar auf ewig. Die Ruhrbesetzung selbst sei eine Kriegsmaßnahme die außerhalb des Versailler Vertrages stehe und den anderen Alliierten das Recht gebe, selbständig zu handeln. Auch „Corriere d'Italia“, der sich diesen Ausführungen anschließt, hält die Einführung eines Rheinstaates für ein gefährliches Experiment.

Eine schweizerische Stimme.

Basel, 23. Aug. Die Nationalzeitung schreibt zu der französischen Antwortnote: Die Aussprache wird zweifellos weiter gehen. Kein Tor wurde geschlossen, aber sachlich hat sich auch nirgends eine Annäherung weder in der Richtung gegen London, noch gegen Berlin vollzogen. Man wird den Eindruck nicht los, daß Frankreich des deutschen Zusammenbruchs schon ganz sicher ist und es daher darauf verzichtet, das geringste greifbare Entgegenkommen zu zeigen. Aber Kapitulation ist nicht ohne weiteres mit Zahlungen an Frankreich identisch. Die französische Antwort gewinnt Zeit. Die Zeit arbeitet für den Stärkeren und das ist Frankreich, nicht Deutschland und nicht England.

Pessimismus in England.

London, 21. August. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Die allgemeine Stimmung in britischen Kreisen bezüglich der Aussichten auf ein Uebereinkommen auf Grund der bevorstehenden Note Poincarés sei gestern keineswegs optimistisch, eher sei sie pessimistisch gewesen. Die

Rede des französischen Premierministers in Charleville sei vollkommen unanschaulich gewesen und es sei klar, daß die französische Regierung bestrebt sei, in den Augen der Welt jeden Schein zu vermeiden, als sei sie verantwortlich für die etwaige Einstellung der augenblicklichen Verhandlungen und für das Ende der Entente selbst, und als wolle sie nichts anderes, als die unbeschränkte Fortsetzung der bisherigen zwecklosen Verhandlungen, bis Deutschland kapituliere oder zusammenbreche. Diese Taktik sei geschickt und verständlich. Sie brauche Baldwin, Curzon und ihre Kollegen nicht scheu zu machen, wenn auch in Paris angenommen werde, daß die äußere Versöhnlichkeit der Note die englischen Kritiker der britischen Regierung stärken werde. Bevor die französische und die belgische Note eingegangen und vom Kabinett erwogen würden, könne nicht gesagt werden, welche Politik gewählt werde. Es könne jedoch nicht erwartet werden, daß die britische Regierung ihren und den amerikanischen Gedanken einer wissenschaftlichen Neufestsetzung der deutschen Zahlungsfähigkeit durch eine unparteiische Sachverständigenkommission ausbeute.

Der Erfolg der Ruhrbesetzung.

Scharfe Kritik Lardieus.

Paris, 21. Aug. Lardieu vertritt im „Echo nationale“ die Ansicht, daß die Ruhrbesetzung bisher keinen praktischen Erfolg gehabt habe, weil sie mit einer Passivität durchgeführt werde, die die Besetzung beinahe wertlos mache. Der Eingang an Brennstoffen sei erbärmlich und betrage weniger als 25 Prozent dessen, was Frankreich im Jahre 1922 erhalten habe, also während eines Jahres, in dem Poincaré den Kohleneingang für unzureichend genug gehalten habe, um die Ruhrbesetzung zu beschließen. Die französischen Ingenieure hätten nichts ausbeuten und kontrollieren können. U. a. das wäre anders gekommen, wenn Frankreich vom ersten Tage an die politische, wirtschaftliche und Münzhöhe übernommen hätte. Vor sieben Monaten wäre das leicht gewesen. Heute sei das zwar schwierig geworden, aber es bleibe immer noch möglich. Das französische Publikum sei bereit, die nächsten Folgen der ungerechtfertigten Note Lord Curzons auf gute Weise zu ertragen. Es verlange nur, oder, wenn es das noch nicht verlange, so werde es das bald verlangen, daß man ihm positive Ergebnisse der Ruhrbesetzung zeige. Je größer die Schwierigkeiten mit England würden, um so notwendiger sei es, daß die Ruhrbesetzung ein positiver Erfolg werde. Das Einzige, was Frankreich an dem Tage, da es die Rechnung abschließen würde, wäre, daß die Politik Poincarés gleichzeitig zur diplomatischen Isolierung Frankreichs und zur Unfruchtbarkeit der französischen Aktion im Ruhrgebiet führe.

Verhärfung der Ein- und Ausreise.

Essen, 22. Aug. In den nächsten Tagen werden die Ein- und Ausreisebestimmungen während der Verkehrsperre bedeutend verschärft. Die bisher ausgestellten besonderen Genehmigungen verlieren ihre Gültigkeit. Wer sich innerhalb des unbefestigten Gebietes noch aufhält, muß rechtzeitig zurückkehren, um nicht ausgesperrt zu werden. Am Donnerstag werden die neuen verschärften Ein- und Ausreisebestimmungen bekanntgegeben werden. Bei Todesfällen werden besondere Passierscheine nur ausgestellt, wenn die amtlichen Unterlagen vorhanden sind. Diese Ausweise werden eine beschränkte Gültigkeitsdauer von drei bis vier Tagen haben. Künftig wird die besondere Genehmigung nur gegen Entrichtung einer Gebühr ausgestellt und zwar müssen diese Ausweise mit der Photographie des Inhabers versehen sein.

Gefahr von Epidemien im Ruhrgebiet.

Essen, 22. Aug. Im Ruhrgebiet mehren sich in der letzten Zeit die Fälle von ansteckenden Krankheiten, wie Typhus- und Ruhrkrankheit. Durch die Unterernährung und den Wohnungsmangel, verbunden mit den sonstigen Einschränkungen der Lebensweise, die durch die fremden Truppen herbeigeführt worden sind, drohen diese Krankheiten zu einer Epidemie zu werden.

Verhaftungen und Ausweisungen.

Bochum, 22. Aug. Im Laufe des gestrigen Tages haben die Franzosen eine ganze Reihe prominenter Industrieerleiter wegen angeblicher Gefährdung der Sicherheit der Besatzungstruppen verhaftet. Außerdem beginnen die Franzosen erstmalig mit der Ausweisung von Arbeitern. In Dortmund wurden verhaftet und sofort ausgewiesen 7 Schlosser, mehrere Schmiede und Dreher und eine Anzahl weiterer Familien.

Wieder 107 Eisenbahnerfamilien ausgewiesen.

Ausgewiesen wurden am 21. August unter Zurücklassung ihrer Wohnungseinrichtung 107 Eisenbahnerfamilien aus Hochspeyer und Lachen bei Neustadt sowie 93 aus Minsfeld, Steinweiler, Lufstadt, Zeiskam und Westheim. Ausweisungen in diesem Umfang konnten nur erfolgen, weil die Bürgermeister, wie das Wolffbüro meldet, bedauerlicherweise den Franzosen Wohnungsverzeichnis der Eisenbahner aushändigten. Vor einigen Wochen ging durch verschiedene Zeitungen die Nachricht, General Degoutte habe angeboten, daß Männer über 60 Jahre nicht mehr ausgewiesen werden. Tatsächlich sind aber bis in die letzten Tage hinein eine größere Anzahl älterer Leute ausgewiesen worden. Entweder wurde die Anordnung überhaupt nicht gegeben oder es wurde nicht darnach gehandelt.

Mangel an höheren Beamten in der Pfalz.

Die fortgesetzten Ausweisungen von höheren Verwaltungsbeamten haben es unmöglich gemacht, mehrere Bezirksämter in der Rheinpfalz wieder mit höheren Beamten zu besetzen. Unter diesen Bezirksämtern befindet sich auch das in Speyer, dessen Geschäftsführung nunmehr einem Verwaltungsoberkommissär übertragen werden mußte.

Banditen-Ruhm.

Die französische Regierung schämt sich nicht, neuerdings täglich durch ihre Havas-Agentur eine Art Tagesbericht über ihre im besetzten Gebiet geraubten Gelder auszugeben. Nach diesem Bericht sind am 21. August in Düsseldorf 35 Millionen Mark „weggenommen“ worden, 45 Millionen in Jengerbanz in der Nähe von Bochum. Bei der Lohnzahlung für die im Abwehrstreik stehende Belegschaft der von den

Franzosen besetzten Schachtanlagen 2 und 3 der Zeche „Dorftefeld“ wurden in einer in Döpel errichteten Zahlstelle von den Franzosen 600 Millionen Mark fortgenommen. Zwei Beamte und fünf Arbeiter wurden verhaftet. Später wurden diese Leute auf Vorstellung des Betriebsrats der Zeche wieder auf freien Fuß gesetzt. Eine Verkaufsstelle der Zeche „Dorftefeld“ mußte für die Franzosen geräumt werden. In Bochum nahmen die Einbruchstruppen am 17. 8. 45 Millionen Mark und in Dortmund am 11. August 6 Milliarden Lohngehälter weg. Neuerdings dehnen die Franzosen aber ihre „legitimen“ Raubzüge selbst nach dem unbefestigten Gebiet aus. Nach Horstmar bei Lünen kommen Franzosen, die den Frauen die Trauringe von den Fingern ziehen, Butter aus den Körben nehmen und alle möglichen Diebstähle begehen. Sie kehren dann wieder ins besetzte Gebiet zurück. Alles im Namen der höheren Kultur! In Gelsenkirchen wird eine sehr scharfe Kontrolle des Auto- und Fuhrwerkverkehrs ausübt. Diejenigen, welche ohne besonderen Erlaubnischein für Lebensmitteltransporte Lebensmittel mit sich führen, setzen sich der Fortnahme ihres Wagens aus. So wurde der Kraftwagen einer Lebensmittelhandlung beschlagnahmt. Die Ware wurde in einem von den Franzosen eingerichteten Verkaufstande feilgeboten.

Die Waldvernichtung durch die Franzosen.

Sechs Monate sind jetzt dahingegangen, seitdem die Franzosen die Staatsforsten des besetzten Gebietes beschlagnahmt, „in Selbstverwaltung genommen“ haben, wie sie sich ausdrücken, angeblich, „um die ihnen vorenthaltenen Holzlieferungen sicherzustellen“. Mit gewohnter Rücksichtslosigkeit sind sie ihrem Ziele nachgegangen. Zunächst versuchten sie, die deutschen Forstbeamten für sich zu gewinnen. Der Versuch mißlang gänzlich. Da hielten sie sich aus Frankreich und Belgien eigene Förster heran. Dann kam der nächste Schritt. Die Franzosen versuchten das noch von der deutschen Forstverwaltung geschlagene Holz zu verkaufen. Die ersten Versuche mißlang. Kein anständiger deutscher Holzhändler wollte den Franzosen behilflich sein. Da vertrieben sie sich Holzkäufer aus Frankreich und Belgien und verkaufen nun an diese zu Schleuderpreisen das Holz. Die deutschen Holzhauer und Fuhrleute weigern sich indessen, für die Franzosen zu arbeiten. So liegt denn das meiste Holz noch im Walde und die ausländischen Holzkäufer suchen händelnd nach Hilfskräften. Das von der deutschen Verwaltung planmäßig nach wirtschaftlichen Grundsätzen gebaute Holz genügt den Franzosen längst nicht. Sie gingen dazu über, die besten, wenn auch zum großen Teil noch unreifen Bestände auszusuchen und diese wiederum an ausländische Holzhändler auf dem Stamm zu verkaufen. Diese sind gegenwärtig dabei, die Bestände, meistens Fichten, mit Hilfe von aus aller Welt hergelaufenen Elementen niederzuschlagen. Es ist auffallend, daß die Franzosen gerade die landschaftlich schönsten Stellen zuerst auf diese Weise verunstaltet haben. An Aufforstung denkt man natürlich nicht. Die Folgen des Zerstörungswerkes werden sich noch lange Jahre auswirken. Durch die großen Kahlschläge werden sich die forstschädlichen Insekten massenhaft vermehren und in den nächsten Jahren das Zerstörungswerk fortsetzen. Daß auch dem von den deutschen Forstbeamten sorgsam gepflegten Wilde in schlimmster Weise nachgestellt wird, ist selbstverständlich. Ohne Rücksicht auf die anerkannten Regeln der Weidgerechtigkeit schießen die Franzosen auf alles, was ihnen in den Weg kommt. Die Hirschkuh wird vom Kalb, die Rike vom Ritz weggeschossen, und grinsend stecken farbige Soldaten tragende Hämmen in ihre Kochtöpfe.

Enttäuschung der elsässischen Eisenbahner.

Obwohl den elsäß-lothringischen Eisenbahner seinerzeit zugesichert wurde, daß die früheren Reichseisenbahnen Staatsbesitz bleiben sollen, wird an maßgebender französischer Stelle mit Nachdruck an der Uebertragung der elsäß-lothringischen Bahnen an die Privatgesellschaft der Ostbahn gearbeitet. Doch ist die Uebertragung bisher an dem einmütigen Widerstand der elsäß-lothringischen Eisenbahner gescheitert. Die französische Verwaltung drückt jedoch mit allen Kräften auf die Eisenbahner, indem sie mit Pensionierung der früheren Reichseisenbahnbeamten rücksichtslos vorgeht und erledigte Stellen nicht mehr besetzt. Auch wurde festgestellt, daß die französische Verwaltung bereits im August 1922 unter dem elsäß-lothringischen Eisenbahnpersonal nach Leuten Umfrage gehalten hat, die sich bei einer Militärifizierung der rheinischen Bahnen und bei einer Besetzung des Ruhrgebiets verpflichten würden, in den besetzten Gebieten auf längere Zeit Dienst zu tun. Diese Feststellung ist ein weiterer Beweis dafür, daß die Besetzung des Ruhrgebiets von langer Hand vorbereitet war.

Zum „Wahrheitsfeldzug“.

Es ist schon öfter darauf hingewiesen worden, daß es Deutschlands Pflicht ist, die im unendlich leidensvollen Abwehrkampf gegen französische Gewalt Herrschaft stehenden Volksgenossen an Rhein und Ruhr so gut als möglich auch dadurch zu unterstützen, daß wir die einzige uns noch verbliebene Waffe, die der Aufklärung des Auslands über die französischen Verbrechen, kräftiger als bisher gebrauchen. Weiße Kreise werden den in den betr. Ausführungen geäußerten Wunsch teilen, daß die deutsche Staatsregierung selbst solche Aufklärungsarbeit leisten möge. Inwieweit dieser Wunsch in Erfüllung gehen wird, wissen wir nicht; jedenfalls kann inzwischen viel kostbare Zeit verstreichen. Deshalb möchte ich jeden einzelnen Zeitungsleser darauf aufmerksam machen, daß ihm selbst ja die Zeitung tagtäglich diese Aufklärungswaffe in die Hand legt in Form ihrer Berichte aus dem Ruhrgebiet. Er braucht diese Berichte nur auszuscheiden, in einem Briefumschlag zu sammeln und ein- bis zweimal jede Woche an eine ihm bekannte Adresse im Ausland zu senden. Jedem, der sich befinnt, wird mehr als eine Auslandsadresse einfallen, an die er seine Berichte schicken kann, sei es in der Schweiz, in Holland, Schweden, Norwegen, Dänemark, Spanien, Italien, in Amerika, England oder in sonst irgend einem Land der Erde. Auf diese Weise könnten ohne umständliche Organisation, mit geringer Mühe und verhältnismäßig wenig Kosten überallhin Samenkörner der Wahrheit ausgestreut werden, von denen wohl manche da und dort Wurzel schlagen würden zum Nutzen der Kämpfer an Rhein und Ruhr und damit des ganzen deutschen Vaterlandes.

Die Vorgänge in Marokko.

Madrid, 21. Aug. Die Vorgänge in Marokko sind unerwartet in ein kritisches Stadium getreten. Die Regierung sah sich veranlaßt, sofort einen Ministerrat einzuberufen. Alle Minister haben ihren Ferientaufenthalt abgebrochen. Der Chef des Generalstabes, General Weyler, unterbrach seine Informationsreise nach Marokko. Im Verlaufe der Beratungen wurde beschloffen, alle militärischen Maßnahmen zu treffen, die sich für die Wiederherstellung der normalen Lage in der Gegend von Mellila als notwendig erweisen. Der Ministerpräsident erklärte, daß die Lage in Marokko nicht bedenklich sei, immerhin sei volle Aufmerksamkeit der Regierung erforderlich. Die Fremdenlegation zeichnete sich bei den letzten Kämpfen mit bewährter Tapferkeit aus; sie hatte Verluste an Offizieren und Mannschaften.

London, 20. Aug. Der Madrider Berichterstatter der „Times“ macht ausführliche Angaben über die letzte spanische Schlacht. Nachdem die Mauren auf der Front von Mellila einen heftigen Druck ausgeübt hatten, griffen sie unversehens den rechten Flügel der spanischen Armee an und es gelang ihnen zwei Stellungen zu umzingeln. Drei spanische Kolonnen wurden zur Verstärkung an Ort und Stelle entsandt. Die Mauren trieben sie aber zurück und eine von ihnen die sie von allen Seiten umstellten, erlitt große Verluste. Das Schicksal der beiden anderen Kolonnen gibt zu lebhaften Besorgnissen Anlaß.

Die Förderung der russischen Luftflotte.

Moskau, 20. Aug. Die Bewegung zur Förderung der Luftflotte in Sowjetrußland nimmt immer größeren Umfang an. Die Aktion der Freiwilligen Luftflotten-Gesellschaft findet weitestgehende Verbreitung. Sämtliche Post- und Telegraphenämter des Sowjetbundes wurden als Zeichnungsstellen eingerichtet. Die Gesellschaft Dobrolet richtete eine Eingabe an den Rat der Arbeit und Verteidigung um Erhöhung des Gesellschaftskapitals auf 5 Millionen Goldrubel, weil die Zeichnung auf die Aktien der Gesellschaft die anfänglich festgesetzte Höhe von zwei Millionen Goldrubel weit überschreite.

Baden.

Neue badische Steuermaßnahmen.

Die badische Regierung hat dieser Tage zu der Auswirkung der starken Geldentwertung auf den Haushalt des Staates und der Gemeinden in eingehender Beratung Stellung genommen und auf Antrag des Finanzministers eine Reihe eingreifender Maßnahmen beschloffen.

Durch ein Notgesetz werden Land und Gemeinden ermächtigt, die Vorauszahlungen auf die Grund- und Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1923 wesentlich ergebiger zu gestalten, als das nach den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen möglich war. Dies geschieht zunächst dadurch, daß durch das Notgesetz bestimmt ist, daß die Vorauszahlungen auf die Grund- und Gewerbesteuer — und zwar nach Bedarf verschieden für die einzelnen Steuerwerte — in einem Vielfachen der Grund- und Gewerbesteuer festgelegt werden können; statt dessen oder daneben können sie aber auch auf anderer Grundlage bemessen werden. Es kann insbesondere ein Teilbetrag der Abgaben erhoben werden, die das Reich nach dem Gesetz über die Besteuerung der Betriebe vom 11. August d. J. fordert. Für die Gemeinden ist außerdem vorgesehen, daß sie von den Gewerbetrieben, die in der Regel Angestellte und Arbeiter beschäftigen, unmittelbar von den an diese bezahlten Gehältern und Löhnen Hundertsätze erheben dürfen und diese auf die Grund- und Gewerbesteuer für 1923 zu verrechnen haben. Weiterhin ist verfügt, daß die bisherigen Zahlungszeiträume für die Vorauszahlungen anderweit festgesetzt werden können.

Durch dieses Notgesetz ist den Gemeinden die Möglichkeit gegeben, sehr rasch und ergebnisreich die Vorauszahlungen auf die Grund- und Gewerbesteuer zum Fließen zu bringen. Für die Staatsverwaltung wird das Finanzministerium aufgrund des eben genannten Gesetzes unverzüglich anordnen, daß zunächst als Vorauszahlung auf die Grund- und Gewerbesteuer für 1923 statt wie bisher das Zehnfache des laufendfachen der gesamten für das Rechnungsjahr 1923 festgesetzten Grund- und Gewerbesteuer zu entrichten ist, und zwar zu je einem Siebtel auf den Ersten der Monate September 1923 bis März 1924.

Vinnen kurzem werden außerdem alle staatlichen Gebühren und Taxen, soweit sie nicht wie die Gerichtsgebühren usw. an den Wert des Streitgegenstandes anknüpfen, sowie die sonstigen staatlichen Einnahmen auf wertbeständige Grundlage angelegt und erhoben werden; die hierwegen erforderlichen Maßnahmen werden mit aller Beschleunigung getroffen werden. Dies gilt insbesondere auch für den Verkauf von Holz aus den Staatswäldern.

Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden.

Die Gründe, die schon im letzten Bericht als bewegende Kräfte der Arbeitsentwicklung genannt wurden, wirken auch diesmal in der Richtung einer Verschlechterung der Lage. Im einzelnen seien zur Kennzeichnung folgende Tatsachen angeführt: In der Pforzheimer Edelmetall-Industrie arbeiten jetzt 37 Betriebe mit 308 Personen verkürzt. Die Lage in der übrigen metallverarbeitenden Industrie hat sich weiter ungünstig entwickelt; so steht z. B. ein Großbetrieb der Nähmaschinenindustrie vor der Entlassung von 800 Personen. Auf dem Gebiete der Papierherstellung liegen ungünstige Beschäftigungsverhältnisse vor. Schlecht ist der Beschäftigungsgrad weiter im Dienstleistungsgewerbe. Im Baugewerbe ist die Nachfrage nach Arbeitskräften zurückgegangen. Die Tabak-Industrie wird von den Zeitverhältnissen stark in Mitleidenschaft gezogen; die Folgen sind Betriebs Einschränkungen (Kurzarbeit), zum Teil auch Entlassungen, Betriebs Einschränkungen (Einführung von Kurzarbeit) erfolgten bei circa 20 Betrieben.

Die Anbauflächen des Jahres 1923.

Nach den Ermittlungen des Statistischen Landesamtes haben sich die Verhältnisse des landwirtschaftlichen Anbaues in Baden gegenüber dem Vorjahr wenig geändert, insbesondere weist die Kartoffelfläche mit 87 700 ha keine nennenswerte Veränderung gegenüber dem Jahr 1922 auf. Der Rückgang im Getreidebau, der seit dem Kriege zu beobachten ist, hält allerdings noch bis zu einem gewissen Grade an und auf der anderen Seite nehmen Wiesen- und Futterbau noch erheblich zu. Eine Abnahme der Getreidefläche um 4191 ha steht eine Zunahme der Wiesen um 3634 ha, der Weiden um 2099 und der Ackerweide um 2799 ha gegenüber; Rothklee wird gegen das Vorjahr mehr gebaut 3086 ha, an Luzerne mehr 1516 ha. Von den Handelsgewächsen hat der Tabak um 705 ha, der Hopfen um 55 ha abgenommen. Die Rebfläche ist um 400 ha kleiner als im Vorjahr und auch die Zuckerrübe hat einen Rückgang von 107 ha zu verzeichnen. Der Anbau von Delikatessen und Gelpinspflanzen hat dagegen zugenommen. Die Reispflanze ist um 916 ha größer als im Vorjahr, die Hanf- und Flachsfelder um 102 ha. Auch der Anbau von Korbweiden, der zum erstenmal erhoben wurde, scheint in Zunahme begriffen zu sein.

Die Erhebung ergibt eine gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche von 804 375 ha, davon entfallen 527 512 ha auf das Ackerland, 227 385 ha auf die Wiesen, 34 761 ha auf Weidland; die Rebfläche beträgt 14 717 ha. Nahezu die Hälfte des Ackerlandes dient dem Getreidebau. Mit Hackfrüchten ist ein Viertel des Ackerlandes bestellt, mit Futtergewächsen ein Fünftel. Die Handelsgewächse bedecken 11 919 ha, davon entfallen auf den Tabak 4822 ha, den Reps 3 444, Flachs 687 ha, Hanf 600 ha, Hopfen 212 ha, Korbweiden 114 ha. Feldmäßigen Gemüsebau finden wir auf einer Fläche von 4622 ha. Wiesen und Weiden erreichen zusammen die Hälfte der Ackerflächen. Von den Wiesen ist ein Drittel mit Wässerungsanlagen versehen.

Aus Nah und Fern.

Sinsheim, 22. Aug. (Der Kampf gegen die Eisenbahn-Gepäckdiebe.) Da die Diebstähle in den Eisenbahnabteilen nicht aufhören, läßt die Reichs-Eisenbahnverwaltung einen Ausweg herstellen: „Handgepäckdiebe! Auf Handgepäck achten! Bei kurzem Verlassen der Wagenabteile das Gepäck am Gepäckhalter festschließen! Wer einen Gepäckdieb ergreift oder einen Gepäckdiebstahl anzeigt, so daß der Täter gerichtlich bestraft werden kann, erhält eine Belohnung!“ Von der Möglichkeit, das Handgepäck anzuschließen, wird leider kaum Gebrauch gemacht; eine dünne Stahlkette genügt, wenn sie um den Griff des Gepäcks und den Gepäckhalter geschlungen und durch Schloß gesichert ist, um den Dieben ihr Handwerk erfolgreich zu erschweren.

Sinsheim, 22. Aug. (Ueberwachung der Umsatzsteuerpflichtigen.) Im Hinblick auf die Notwendigkeit einer verstärkten Ueberwachung der Umsatzsteuerpflichtigen, insbesondere aber solcher Personen, die ohne Begründung einer gewerblichen Niederlassung oder außerhalb ihrer gewerblichen Niederlassung eine umsatzsteuerpflichtige Tätigkeit ausüben, werden fortan die Beamten der Polizei und Gendarmerie in besonderen Vorträgen in den Vorständen der Umsatzsteuer-Gesetzgebung unterwiesen. Die Unterweisung erfolgt durch Beamte des Landes-Finanzamtes.

Sinsheim, 24. Aug. (Lohnsteuerabzug ab 1. September.) Der Reichsrat ist bekanntlich über die ursprüngliche Vorlage, wonach für September die Ermäßigungen beim Steuerabzug verfehlsacht werden sollten, noch hinausgegangen und hat eine Verachtachung der Augustsätze beschloffen. Danach würde für alle nach dem 31. August fällig werdenden Lohn- und Gehaltszahlungen der Abzug von der 10-prozentigen Steuer betragen: Für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau je 192 000 Mk. (August 24 000 Mk.), für jedes Kind 128 000 Mk. (Aug. 160 000 Mk.), für Werbungskosten 160 000 Mk.

Heddesheim, 23. Aug. (Zum Kartoffelverkauf.) finden sich täglich viele Einwohner aus den benachbarten Städten und Gemeinden hier ein. Aber nicht immer gelingt der Einkauf. Ein Unbekannter ist jedoch zu Kartoffeln gekommen: er hat sie auf einem Kartoffelfelde ausgegraben und mitgenommen, dafür einen „Hunderttaunder“ — unter einer Scholle versteckt — zurückgelassen, den der Feldwächter gefunden und dem Besitzer des Grundstückes ausgehändigt hat.

Schwellingen, 23. August. (Große Getreidediebstähle.) Auf dem Injultheimer Hof ist man großen Getreidediebstählen auf die Spur gekommen, die durch die dort beschäftigten polnischen Arbeiter verübt wurden. Aus den Speichern und Scheuern des Hofes sind große Mengen ausgedroschenes Getreide gestohlen und von den Dieben weiter verkauft worden. Die Gendarmerie verhaftete bis jetzt 13 Arbeiter, sämtliche Polen, die auf dem Gut beschäftigt sind. Die Unteruchung der Kleinfeldstähle, durch die dem Pächter des Hofes (Zuckerfabrik Waghäusel) ein großer Schaden entstanden ist, der bei den heutigen Getreidepreisen bald in die Milliarden gehen dürfte, ist noch nicht abgeschlossen.

Weinheim, 23. Aug. (Verschwundenes Ruhrkind.) Am 28. Juli wurde von Darmstadt aus ein Transport Ruhrkinder auf die Dörfer der Bergstraße verteilt. Darunter befand sich auch ein 14-jähriges Mädchen Etti Prampe aus Duisburg, das spurlos verschwunden ist.

Pforzheim, 21. Aug. (Blitzschlag.) In Wimsheim schlug während eines Gewitters ein kalter Strahl in den Dachstuhl der im Bau begriffenen Turn- und Krieger-Gedächtnishalle, die ein Werk der Wimsheimer Turner ist. Der Blitzstrahl zertrümmerte den Dachstuhl und schleuderte sodann noch mehrere der stärksten Stützbalken der Halle fort und durchschlug die Pfeiler, riß auch einen Teil des Sockels fort, was zur Folge hatte, daß der ganze Bau zusammenstürzte. Die Halle sollte am 7. Oktober eingeweiht werden. Jetzt müssen die Turner ihr Werk von vorn beginnen.

Königshofen, 20. Aug. (Ertrunken.) Das 17 Jahre alte Mädchen Maria Schab ist dieser Tage beim Baden in der Tauber unterhalb von Königshofen ertrunken.

Kehl, 23. Aug. (Französische Ausweisungen.) Auf Befehl der französischen Militärbehörde haben 14 im Bahnhofsgebäude wohnende Familien ihre Wohnungen räumen müssen. Die Stadtverwaltung hat den Familien Notwohnungen zur Verfügung gestellt.

Rodersweier (Amt Kehl), 23. Aug. (Lebensmittel-diebstahl.) Bei einem hiesigen Landwirt wurden in der Nacht zum Sonntag Lebensmittel im Wert von ca. 98 Millionen Mark gestohlen. Die Täter konnten bisher noch nicht ermittelt werden.

Oberkirch, 23. August. (Gedenkfeier.) Anlässlich der Wiederkehr des Todestages des früheren Reichsfinanzministers Erzberger wird am Sonntag in Bad Griesbach eine kleine Gedenkfeier stattfinden.

Triberg, 19. Aug. (Das 50-jährige Bestehen der Schwarzwaldbahn) d. h. der Strecke Hausach-Billingen, soll am 16. September festlich begangen werden. An dem Denkmal des Erbauers der Schwarzwaldbahn beim Bahübergang in Freiamt, am Gervigdenkmal soll auch eine Kranzniederlegung stattfinden. Die Strecke Hausach-Triberg-Billingen wurde am 10. November 1873 dem Verkehr übergeben.

Hammereisenbach, 23. August. (Waldbrand.) Auf der Gemarkungsgrenze Böhrenbach-Hammereisenbach entstand am Samstag nachmittag ein Waldbrand, dem etwa 30 Ar Wald des Landwirts August Heini-Bernteuthof, und 10 Ar der Stadtgemeinde Böhrenbach zum Opfer fielen. Ueber die Ursache des Brandes steht Genauer noch nicht fest.

Waldshut, 23. Aug. (Tödlicher Absturz.) Im benachbarten Bannholz stürzte der 16-jährige Franz Baumgartner von der Scheunenleiter, wobei er sich einen Schädelbruch zuzog, der seinen alsbaldigen Tod herbeiführte.

Schopfheim i. W., 23. Aug. (Holzfrevel.) Im Gemeinwald Eichen bei Schopfheim sind von 3 auswärtigen Firmen angekaufte Nadelholzstämme durch Holzfreverler bei Nacht verfrachtet und mit Fuhrwerken weggeschleppt worden. Das Holz stellt einen augenblicklichen Verkaufswert von ca. 100 Millionen dar. Die Täter konnten am nächsten Tag festgenommen werden.

Jell i. W., 21. Aug. (Das Sterben der Zeitungen.) Die „Oberländer Tagespost“ wird wegen der Schwierigkeiten, mit denen die Presse zu kämpfen hat, ihren Druckbetrieb einstellen und in Freiburg im Verlag der „Freiburger Tagespost“ herausgegeben werden, von wo sie auch verandt wird.

Titisee, 23. Aug. (Unfall.) Am Sonntag geriet beim Aufspringen auf einen schon im Fahren befindlichen Zug ein älterer Herr aus Mitteldeutschland unter die Räder, die ihn den einen Fuß auf die schrecklichste Art zermalmen. Der Unglückliche wurde ins Krankenhaus nach Neustadt gebracht.

Friedrichshafen, 23. Aug. (Betriebs-einstellung.) Die heutigen Montagsausgaben der im Verband Oberschwäbischer

Zeitungsverleger in Friedrichshafen zusammengeschlossenen 20 Zeitungen, sowie die Oberschwäbische Zeitung in Ravensburg konnten heute nicht erscheinen. Die genannten Verlagsfirmen sehen sich außerstande, die von der Gehilfenschaft geforderte Lohnerhöhung von 12,5 Millionen auf 36,5 Millionen Mark Spigenlohn für die laufende Woche aufzubringen. Ein der Gehilfenschaft unterbreiteter Vermittlungsvorschlag scheiterte im letzten Augenblick.

Aus Hohenzollern, 23. Aug. (Hagelschlag — Feld-diebstähle.) Auf der Markung Wessingen ging letzte Woche ein Gewitter mit Hagelschlag nieder. Der begleitende Sturm entwurzelte Bäume. Das noch draußen stehende Getreide wurde durch den Hagel schwer beschädigt. — In der Gegend von Heddingen mehrten sich die Felddiebstähle. Die Feldpolizei ist machlos gegenüber diesen Räubern. Verschiedene Krautlandsbesitzer haben sich zu einem Selbstschutz vereinigt.

München, 21. Aug. (Die Krise im Buchverlag.) Die Vereinigung der Münchener Verleger erklärt, daß sie aus eigener Kraft die jetzigen Belastungen nicht tragen könne und sich daher gezwungen sehe, die Produktion von Büchern und Zeitschriften einzustellen. Als Folge dieses Beschlusses haben 16 Münchener Zeitschriften ihr Erscheinen eingestellt.

Kaufbeuren, 23. Aug. (Lebensmüde.) Der 53 Jahre alte Weber J. Hollenstein aus Kaufbeuren hat seinem Leben durch Erhängen ein Ende bereitet. Nach einem zurückgelassenen Zettel glaube Hollenstein, insofern der neuerlichen Bierpreiserhöhung nicht mehr leben zu können.

Röln, 23. Aug. (Die teuerste Straßenbahnfahrt.) Hier kostet ab Montag eine Straßenbahnfahrt 200 000 Mark. Das bedeutet das Zweimillionenfache des Friedenspreises von 10 Pf. Dresden erhebt ab Dienstag auch 200 000 Mk.

Neueste amtliche Kurse

Table with columns for Anleihen, Bankaktien, Industriekaktien, Freiverkehrswerte, and other financial data. Includes entries like '5% Dtsch. Reichsanleihe 4200%', 'Deutsche Bank 6 000 000%', 'Höhenlohe Nahrungsmittel 2000 000%', etc.

Evangelischer Gottesdienst.

Sonntag, den 26. August, 13. Sonntag nach Trinitatis. 1/2 10 Uhr: Gottesdienst. (Aufstellung des vom Mädchenbund und Junglingsverein gestifteten Altarkreuzes. Chor des Mädchenbundes). Im Anschluß an den Gottesdienst Beichte und Abendmahl. Stadtvikar Meerwein.

Augenarzt Dr. Zeller in Heilbronn nimmt am Montag seine Praxis wieder auf.



Advertisement for 'DEUTSCHE PASSAGIERDAMPFER' with details about routes to Hamburg and other destinations. Text includes 'NÄCHSTE ABFAHRTEN VON HAMBURG' and '13. Sept. „Cap Polonio“'.

Lagerarbeiter Wanzen! Flöhe! Ungeziefer! totet radikal „Discret“. Zu hab. bei A. Engel, Engel-Drogerie.

Einer für alle, alle für einen.

Das deutsche Volk braucht eine kräftige Hand, die ihm Führung gibt und angesichts der Disziplin dieses Volkes, wie sehr sie auch in den letzten Jahren gelitten haben mag, besteht noch die Möglichkeit einer Rettung, wenn es nur das Gefühl hat, daß es noch eine Zentralgewalt gibt, die weiß, was sie will und die Fühler straff in der Hand hält.

So wertet das holländische „Handelsblatt“ vom 13. August die Lage Deutschlands. Das Blatt hat recht; wir brauchen eine kräftige Hand, eine starke Zentralgewalt, die zu den letzten und äußersten Mitteln greifen kann, das Verhängnis des Zusammenbruchs abzumenden.

Regierung Gesetze und Zwangsmaßnahmen allein tun es nicht. Es muß der Wille, die Mitarbeit aus dem Volke selber kommen. Die regierenden Männer müssen darum das Vertrauen des Volkes haben. Das gibt die innere Stabilität, gibt dem Wirtschaftsbau die notwendige Sicherheit.

Wirtschaftsreform und Außenpolitik.

Die Programmrede, mit der sich das neue Kabinett Stresemann am Dienstag dem Reichstag vorstellte, war auffallend kurz und allgemein gehalten. Der neue Kanzler konnte sich auf die Ausführungen berufen, die er sechs Tage zuvor als Führer einer großen Reichstagspartei gemacht hatte.

Die in den letzten Tagen eingeleitete Erhöhung der Reichseinkünfte hat zu einer Besserung des Marktkurses um ungefähr 50 Prozent geführt; hierin spiegelt sich eine Belebung des Vertrauens auf die deutsche Zukunft im Auslande wieder.

in Paris mit nahezu 90 franz. Francs bezahlt. Es ist interessant, daran zu erinnern, daß der Dollarkurs in Berlin am 6. Juni 1919 (also bereits nach Bekanntgabe des Versailleser Vertrages) die 15.— Markgrenze überschritt. Die heutige Parität des französischen Frank-Kurses entspricht aber ungefähr einem Dollarkurs von 15 deutscher Mark.

Die Fliegergefahr.

Was Fliegerangriffe betrifft, schreibt Charles Bright im „Quarterly Review“, so ist England außerordentlich verwundbar, — man kann ohne Uebertreibung sagen, das verwundbarste Land der Welt. Wir sind auf Lebensmitteleinfuhr angewiesen. Unser Getreidevorrat reicht oft nur für ein paar Wochen.

Eine Luftflotte bedeutet aber noch eine andere, viel größere Gefahr. London fordert schon durch seine Lage einen Angriff von Flugzeugen mit Sprengbomben, Gas und Chemikalien heraus. Es liegt näher am Meer als irgend eine Mitteleuropäische Hauptstadt.

Schon heute ist der militärische Wert der Luftschiffe und Flugzeuge sehr groß, aber es ist sicher, daß wir erst am Anfang der Entwicklung stehen. Das Flugzeug, das in zehn, fünfzehn oder zwanzig Jahren gebaut wird, wird voraussichtlich ebenso viel Ähnlichkeit mit unserem heutigen Flugzeug haben wie das 18 zöllige Schiffsgechütz mit der Kanone Nelsons und der Armada.

Im gewissen Sinne befindet sich England in einer ähnlichen Lage wie Deutschland, wenn auch ein Vergleich hinsichtlich der Ausmaße der in Frage kommenden Umstände natürlich nicht möglich ist. In Deutschland hat die Machtlosigkeit nach außen, die Versklavung des ganzen Volkes zur Folge gehabt.

Ein Ausweg der englischen Politik auf dem Kontinent kann erst erwartet werden, wenn ein Ausgleich auf dem Gebiete der militärischen Rüstung erfolgt ist oder wenn die englische Politik in einem im Selbstbehauptungswillen einigen Deutschen Volke eine Stütze fände.

Berschiedenes.

München, 20. Aug. (Wertbeständige Hockersteuer.) In Mindelheim (Bayern), wurde die Steuer für das nächtliche Sigenbleiben im Wirtschaftshaus wertbeständig gemacht. Es wird in gewöhnlichen Wirtschaften verlangt für die erste Stunde des Ueberstehens der Preis eines halben Liters Vollbier, für die zweite Stunde der Preis einer Maß und für jede weitere Stunde 2 Liter Vollbier.

Vom „Verhugungskreislauf“ schreibt die Konstanzer Zeitung: Der Kaufmann schimpft auf den Fabrikanten, weil er Bezahlung in Goldmark verlangt. Der Fabrikant sagt, der Bankier sei an allem schuld, weil er Devisen hamstere und Wucherzinsen fordere. Der Bankier meint, der Beamte arbeite nichts und fräße die Staatseinnahmen auf.

Ein Alpenführer durch eine Dame gerettet. Eine in der Geschichte der Alpenbesteigungen bisher wohl nicht vorgekommene Rettung eines Abgestürzten wird aus Genf gemeldet. Unter Begleitung des Führers Bischof unternahm Fr. Coning einen Aufstieg auf den Mönch im Berner Oberland (4104 Meter hoch.) Bei der Ueberschreitung eines Eisfeldes glitt der Führer aus und stürzte in eine Eispalte.

Auch ein Opfer. Eine junge Dame in Artern (Prov. Sachsen) ließ sich ihr wundervolles langes Haar abschneiden. Der Erlös wurde zur Hälfte für die Ruhrhilfe, zur andern Hälfte für einige Leute bestimmt, die ihre Steuern nicht bezahlen konnten.

Eine neue Rindviehkrankheit. Unkel, 21. Aug. Unter dem Rindviehbestand des Gutes Hohenunkel ist eine merkwürdige Krankheit ausgebrochen, die sich vorwiegend durch Nasenbluten äußert und der schon drei wertvolle Tiere zum Opfer gefallen sind. Wie festgestellt werden konnte, trat die gleiche Krankheit bereits im Kreise Düren auf, wo sie über 30 Tiere vernichtete.

Die goldene Uhr. Wie ich neulich durch das Romanische Kaffee in Berlin ging, sah ich zwischen Russen, Indern, Japanern usw. meinen alten Freund Schaller sitzen. Er war sehr elegant angezogen und schlürfte lässig einen Koka. Ich setzte mich zu ihm. „Sag einmal,“ frug ich ihn nach einem Weile, „wie machst du das mit deinem kleinen Gehalt?“

Wertbeständige Sprichwörter. Wer den Pfennig nicht ehrt, ist des Talers nicht wert: Können wir mit gutem Gewissen ein solches Sprichwort noch unseren Kindern beibringen? In einer Zeit, wo Uemter und Behörden den Pfennig nicht mehr beachten, nicht mehr buchen, dies gar noch öffentlich zur Borschrift erheben? Wir können uns höchstens auch hier der Geldentwertung anpassen und lehren: Wer die Million nicht ehrt, ist der Milliarde nicht wert; und wenn die Dinge wie bisher weiterlaufen, so muß man von Zeit zu Zeit die Beträge die geehrt werden sollen, durch höhere ersehen, und entsprechend die, deren man dann wert sein soll.

Morgenstunde hat Gold im Munde! Was hat die Reichsbank bisher getan, um diese Goldmassen zu verwerten? Oder sollte die deutsche Morgenstunde schon lange — Papier im Munde führen? Dann wäre es Zeit, auch dieses Sprichwort zu wechseln.

Spare in der Zeit, so hast du in der Not — nichts. So muß der Satz jetzt heißen. Das weiß doch jeder Marksparrer. Aber „Ein mit Gold beladener Esel übersteigt die höchsten Mauern“ — diese Wahrheit hat sich nicht geändert; sie besteht seit dem grauen Altertum mehr denn je zurecht bis heute, wo zweimal zwei nur freibleibend vier ist.

Rechnungs-Formulare

empfehlen die Gottlieb Becker'sche Buchdruckerei.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Nr. 64 Maul- und Klauenseuche betr. Erlöschen der Maul- und Klauenseuche in Waibstadt. Die Seuche in Waibstadt ist erloschen, die Anordnungen werden daher wieder aufgehoben. Sinsheim, den 21. August 1923. Bad. Bezirksamt.

Versteigerung.

Am Samstag, den 25. August 1923, nachmittags 2 Uhr lasse ich 1 gut erhaltener, zweiflügeliger Eisschrank, 1 gut erhaltener Röhrofen, sowie 1 Schrank, 2 Bettstellen, 1 Büffel, Stühle, Tische, Bänke und sonstiges Wirtschaftsgerät gegen Barzahlung versteigern.

Wilhelm Dauth, „z. Linde“ Sinsheim.



Gegründet 1871

Regelmäßiger Passagierdampferdienst mittelst Doppelschrauben- und Dreischraubendampfer

Hamburg-New York

„Mongolia“ 1. Sept. „Minnekahda“ 8. Sept. „Kroonland“ 15. Sept. „Manchuria“ 22. Sept. „Finland“ 29. Sept.

White Star Line

Bremen-New York

„Pittsburgh“ 14. Sept. „Canopic“ 28. Sept. „Pittsburgh“ 16. Okt.

Hervorragende Einrichtung der Kajüte und 3. Klasse. Vorzügliche Verpflegung.

Auskunft erteilt die Passage-Abteilung der White Star Line American Line Aisterdamm 39 Hamburg

oder deren Vertreter in Heidelberg: Hermann Rettig & Co. Bureau: Hauptstr. 77 im Hotel Wagner. Telegr.-Adr. Ponte. Telefon 2206.

in Sinsheim a. Els.: Abraham Seligmann Neben dem Rathaus.

Max Meyer, Bankgeschäft, Heilbronn

Gegründet 1886.

Filiale Sinsheim a. E. (Bahnhofstr.)

An- und Verkauf sämtlicher notierter und unnotierter Wertpapiere.

Preiswert u. gut

muß ein Waschmittel sein, wenn es seinen Namen verdienen will. Unter der Fülle der auf dem Markt befindlichen Waschmittel gibt es eins, das sich in irgendeiner Weise der Beliebtheit der Hausfrauen erfreut:

Bersil das unübertroffene Waschmittel

Es verbindet Wirtschaftlichkeit mit bequemster Anwendungsweise. Einmaliges kurzes Kochen gibt bei schonender Behandlung eine tadellose Wäsche. Bersil soll stets allein und ohne Zusatz verwendet werden und ist am ergiebigsten, wenn es in kaltem Wasser aufgelöst wird.

Ein Versuch lohnt!

Möbl. Zimmer von Beamten gesucht.

Zu erfragen unter Nr. 658 beim Landboten.

Achtung! Lanz-Centrifugen

liefert preiswert Herm. Reichenberger Vertretungen Mannheim, Eichelsheimerstr. 49.



Niederl.: Dr. K. Kieffer, Apotheke.

Solbad Rappennau

geöffnet vom 1. Mai bis Ende Oktober.

Badezeit:

Werktags: Vormittags von 8-12 Uhr, nachmittags von 1-3 Uhr. Sonntags: von vorm. 8 bis nachm. 3 Uhr.

Sung!

1 Posten Arbeitslosen. Sonn- und Werktagsschule in allen Größen. Sporthofen, Sonntags- hofen, Ledergamaschen, Einjah- henden, Herren-, Burjchen- und Kinderanzüge u. sonst Verschiedenes noch sehr preiswert abzugeben bei

Kennert, Heidelberg Ladenburgerstraße 39. Der weiteste Weg lohnt sich. Samstags geschlossen.

Druckarbeiten

jeglicher Art für Ge- werbe, Handel und Behörden in sauberster Ausführung liefert in kürzester Zeit und zu mäßigen Preisen

G. Becker'sche Buchdruckerei Sinsheim beim Bahnhof.

Gesundes Blut!

frisches Aussehen, allgemeines Wohlbefinden, verschafft eine Kur mit Dr. Bufiles echt. Wach- holder-Extrakt! Die wohltuende Wirkung d. Wachhold.-Extraktes ist seit altersher bekannt und geschätzt. Zu haben bei:

A. Engel, Engel-Drogerie

Wer unreines Blut hat?

Stuhlverstopfung, Hämorrhoiden, schlechte Verdauung, Blutandrang nach d. Kopfe, Kopfschmerz, trinke Dr. Bufiles echten Frangulater. Zu hab. bei: A. Engel, Engel-Drog.

Hühneraugen

Hornhaut, Schwielen und Baren beseitigt schnell sicher, schmerz- und gefahrlos. Verrückt empfinden. Millionenfach be- währte. In Apotheken und Drogerien erhältlich. - Gegen Fuß- schweiß, Brennen und Wundausen Kukirol-Fußbad. Drogerie A. Engel.



Stempel und Klichees

nach Zeichnung oder Photogra- phie in Holzschnitt, Zinkätzung oder Autotypie ausgeführt liefert rasch und billig

G. Becker'sche Buchdruckerei Sinsheim, beim Bahnhof.

Die neuen Postgebühren

vom 24. August 1923 ab.

Briefe: im Ortsverkehr bis 20 g 8000 Mk. 20-100 g 12000 " 100-250 g 20000 " 250-500 g 25000 " im Fernverkehr bis 20 g 20000 " 20-100 g 25000 " 100-250 g 30000 " 250-500 g 35000 "

Ausland: bis 20 g 60000 Mk., für je weitere 20 g 30000 Mk. Meistgewicht 2 kg. Die Zulassungsgebühren für Briefe und Wertsendungen, Postanweisungen, sowie Pakete gelten auch nach dem Saargebiet (Büchchen unzulässig) sowie Danzig und Memel. Die Gebühren für Briefsendungen gelten ferner nach Luxemburg und Estland. Büchchen nach beiden Ländern nicht zugelassen.

Ausland: einseitig Ungarn und Tschechoslowakei, jedoch kosten nach diesen Ländern Briefe bis 20 g 45000 Mk., je weitere 20 g 30000 Mk., Postkarten 27000 Mk.

Postkarten: im Ortsverkehr 4000 Mk. im Fernverkehr 8000 " Ausland: (Größe nicht über 14x9 cm) 36000 "

Die niedrigere Gebühr für Ansichtskarten, auf deren Vorderseite Größe oder ähnliche Postfaktensformeln mit höchstens fünf Worten niedergeschrieben sind, ist weg- gefallen.

Drucksaften: bis 25 g 4000 Mk. 25-50 g 8000 " 50-100 g 12000 " 100-250 g 20000 " 250-500 g 25000 " 500-1000 g 30000 " 1-2 kg (nur für einzeln versandte, unge- teilte Druckbände zulässig) 35000 Mk. Ausland: für je 50 g 12000 Mk.

Geschäftspapiere: bis 250 g 20000 Mk. 250-500 g 25000 " 500-1000 g 30000 " Ausland: für je 50 g 12000 Mk., mindestens 60000 Mk. Meistgewicht 1 kg.

Büchchen: Meistgewicht 1 kg, ohne Zonen- unterchied 40000 Mk. Unzulässig nach dem Saargebiet und dem ge- samten Ausland.

Table with columns for weight (bis 3 kg, 3 bis 5 kg, etc.) and prices for different zones (1. Zone, 2. Zone, 3. Zone).

Warenproben: bis 100 g 12000 Mk. 100-250 g 20000 " 250-500 g 25000 " Ausland: für je 50 g 12000 Mk., mindestens 24000 Mk.

Mischsendungen: bis 250 g 20000 Mk. 250-500 g 25000 " 500-1000 g 30000 " Meistgewicht 1 kg. (aufammengepackte Drucksaften, Geschäftspapiere und Warenproben).

Zahlkarten: bis 100000 Mk. 2000 Mk. über 100000-1000000 " 3000 " 1-2000000 Mk. 5000 " 2-5000000 " 6000 " 5-10000000 " 8000 " 10-20000000 " 10000 " 20-30000000 " 12000 " 30-50000000 " 16000 " 50000000 bis (unbeschr.) 20000 "

Für bargeldlosbeglichene Zahlarten dieselbe Gebühr, höchstens jedoch 10000 Mk. für eine Zahlart. Für Kassenschecks, die bargeldlos beglichen werden, 1/2 vom Laufend des Scheckbetrages. Für Vorauszahlung mit Postcheck 2 v. Laufend des Scheckbetrages. Mindestgebühr 1 Mk. Weisbetrag eines Postchecks 500 Millionen Mark.

Postanweisungen: bis 100000 Mk. 8000 Mk. über 100000-1000000 " 12000 " 1000000-2000000 " 20000 "

Einzustellungsgebühr: Briefe nach dem Ortsbestellbezirk 40000 Mk. Landbestellbezirk 120000 " Pakete " Ortsbestellbezirk 60000 " Landbestellbezirk 180000 "

Wertbriefe: 1. Gebühr für einen gewöhnlichen Brief. 2. Einschreibgebühr 20000 Mk. 3. Versicherungsgebühr: für je 10000 Mk. 100 "

Wertpakete: Paketgebühr wie vorstehend. 20000 " Einschreibgebühr. Für unverfestigte Wertpakete wird die Einschreib- gebühr nicht erhoben.

Versicherungsgebühr bei versiegelten Wertpaketen für je 10000 Mk. der Wertangabe oder einen Teil von 10000 Mk. 100 Mk. Bei unverfestigten Wertpaketen die Hälfte des vor- stehenden Satzes. (Unverfestigte Wertpakete sind bis 50000000 Mark zugelassen.)

Telegramme: Gewöhnliche Telegramme nach Orten in Deutschland 16000 Mk. Wort- gebühr und 32000 Mk. Grundgebühr; im Ortsverkehr jedoch 8000 Mk. für das Wort und 16000 Mk. Grundgebühr.

Einschreiben 20000 Mk.